

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch den Postbezogen 1,20 Mk. Eintragung in die Postverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Einzelgenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Beilagen. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 858 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von H. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Der Hamburger Gewerkschaftskongress.

1. Verhandlungstag (Fortsetzung).

Der jetzt eingetroffene Vertreter der französischen Gewerkschaften Bonifant übertrug die herzlichsten Grüße der französischen Gewerkschaftsgenossen und betonte dann, dass man in Frankreich an den Arbeiten des deutschen Gewerkschaftskongresses großen Anteil nimmt, weil sie ein Stück internationaler Arbeit gegen die kapitalistische Diktatur und zur Verfeinerung der Völker sind.

Darauf erbatte H. J. Hermann den Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Darauf sind 282 Delegierte anwesend, außerdem vom Bundesvorstand 30 Mitglieder und Angestellte sowie 18 Bezirkssekretäre. — Entsprechend dem Antrag der Mandatsprüfungskommission wurden sämtliche Mandate für gültig erklärt.

Fortsetzung der Ansprache über den Vorstandsbericht.

Pietil (Berlin) berichtete über den Kampf in der Ferrer-Kommission, an dem jetzt 35 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt sind.

Brandes (Stuttgart): Die Frage der Industrieverbände ist auf dem Wiesener Kongress zu einem vorläufigen Abschluss gekommen. Der Bundesvorstand sollte aber mehr darauf achten, dass auch nach dem Wiesener Beschlüssen gehandelt wird. Schleiders Auffassung über das Arbeitsrecht kann man nur unterstützen. Notwendig ist aber, dass auch die Funktionäre sich viel mehr mit dem Arbeitsrecht vertraut machen, damit dies Recht nicht zu einer Spezialwissenschaft für wenige wird. Schleiders Ausführungen über das Schlichtungswesen können wir nicht gut heißen. Wenn wir Tarifrecht schaffen wollen, dann kommt es doch wesentlich darauf an, dass auch zwei Parteien vorhanden sind, die für ein solches Recht sind. Das ist leider noch nicht überall der Fall. Der Unwille über das Schlichtungswesen wird sehr erheblich durch das Verhalten der Schlichter hervorgerufen.

Schlusssatz des Bundesvorstandes.

Darauf erhielt Peter Orphanos (Berlin) das Schlusswort für den Bundesvorstand. Er ging zunächst auf die Frage der Industrieverbände ein und wies den Vorwurf zurück, dass die Masse zwar Verschmelzungen wolle, die Führer aber solche Zusammenschlüsse hintertreiben. Mehrere Beispiele, die der Redner anführte, beweisen, dass das nicht der Fall ist. Es wird dann gefordert, dass wir in der tarifvertraglichen Festlegung des Achtstundentages nicht nachlassen sollen. Diese Forderung ist durchaus abwegig, dem Bundesvorstand ist kein Fall bekannt, wo das nicht geschehen wäre. Es ist im übrigen bezüglich des Schlichtungswesens immer betont worden, dass niemals eine Aufhebung, sondern lediglich eine Reform in Frage kommen kann. Auf die Anfrage der Kommunisten kann erwidert werden, dass die Gewerkschaften nie nach der Weltanschauung ihre Mitglieder behandeln, sondern nur nach ihrem Verhalten, das sie aus ihrer Weltanschauung heraus hervorkehren. Entscheidend für die Gewerkschaften ist, dass sie sich von außerhalb stehenden Körperlichkeiten ihre Handlungen nicht vorzeichnen lassen können und wollen; das gilt für die Kommunisten ebenso sehr wie für die übrigen Mitglieder. Wir begrüßen, wenn im allgemeinen anerkannt wurde, dass geschehen ist, was möglich war. Damit wird auch gesagt, dass wir nicht misstun sollen, sondern anerkennen müssen, dass es in der Gewerkschaftsbewegung wirklich unauffällig vorwärts und aufwärts gegangen ist. (Lebhafter Beifall.)

Einmütig angenommen wurde folgende Entschließung des Vorstandes und Ausschusses zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht:

Der 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands macht sich die Kritik zu eigen, die der Bundesvorstand in seiner Sitzung vom 16. Februar 1927 an dem Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes geübt hat. Er richtet erneut die Aufforderung an Reichsregierung und Reichstag, durch das Arbeitsschutzgesetz die Arbeitszeit klar und eindeutig auf acht Stunden täglich zu begrenzen. Der Kongress stellt fest, dass die gegenwärtige Regelung der Arbeitszeit, wie sie zuletzt durch das Arbeitsschutzgesetz vom 8. April 1927 getroffen worden ist, weit entfernt ist von den Forderungen, die die Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeit erhoben haben.

Die Gewerkschaften wollen, dass der Grundgedanke des Achtstundentages, dessen soziale, volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung heute niemand mehr ernsthaft zu bestreiten wagt, in allen Zweigen der Wirtschaft durchgeführt wird.

Die Forderung erhebt der Kongress auch gegenüber dem Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes, der infolge der zahlreichen Ausnahmen keineswegs eine Garantie für die grundsätzliche Durchführung des Achtstundentages gibt. Eine Reihe von Bestimmungen des Entwurfs erfüllt nicht einmal die Bedingungen des Washingtoner Abkommens. Der Kongress erklärt aber erneut, dass er die Vorschriften des

Washingtoner Abkommens als ein Mindestprogramm

auf dem Gebiete der Arbeitszeit betrachtet. Er erwartet von der Regierung und vom Reichstag, dass gleichzeitig mit der Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes das mehrfach gegebene Versprechen zur bedingungslosen Ratifizierung des Washingtoner Abkommens eingelöst wird. Er appelliert aber auch an den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht durch Verhandlungen über Abänderung der Konventionen zu verzögern.

Vom deutschen Arbeitsschutzgesetz erwartet der Kongress eine großzügige Neuregelung des gesamten Arbeitsschutzes.

Dabei erscheint ihm unerlässlich die völlige Umgestaltung des die Arbeitsaufsicht behandelnden Abschnittes zu einer Reichsarbeitsaufsicht, deren Aufbau im einzelnen in dem vom ILO-Bund und dem IFA-Bund veröffentlichten Gegenentwurf dargestellt ist. In dieser Reichsarbeitsaufsicht müssen die Durchführungsbehörden des Arbeitsschutzes zusammengefasst, die Arbeitsaufsicht vereinheitlicht und eine Selbstverwaltung in sie eingeschaltet werden. Der Kongress erwartet, dass Regierung und Reichstag nicht bei Halbfheiten stehen bleiben, sondern die vorgeschlagene große Reform auf dem Gebiete der Arbeitsaufsicht durchführen werden. Weiter sind die Gewerk-

schaften der Auffassung, dass schon nach dem heutigen Stand der Technik und der Arbeiterorganisationen sowie der Lage auf dem Arbeitsmarkt eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit berechtigt und wirtschaftlich fragbar wäre. Mit dem weiteren Fortschreiten der Rationalisierung muß diese Forderung immer dringlicher werden.

Angenommen wurden auch folgende Entschließungen des Bundesvorstandes und Ausschusses zur Arbeitsmarktvollstufung:

Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Vermittlung und Beschaffung von Arbeit sowie die Unterfütterung der Arbeitslosen auf eine neue Grundlage gestellt. Der 13. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands billigt die Grundgedanken dieses Gesetzes, die der Reichsanwalt als einer unabhängigen Selbstverwaltungsbehörde die große Aufgabe eines planmäßigen Ausgleichs von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und sozialer Gebote zuzuwenden, und die gleichzeitig den Rechtsanspruch des Arbeitslosen auf eine Unterfütterung im Falle der Arbeitslosigkeit anerkennen. Der Kongress ist sich aber bewußt, dass die Durchführung der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung nur dann befriedigend erfolgen kann, wenn die Verwaltung der Reichsanwalt frei von bürokratischen Hemmnissen in enger Verbindung mit den in der Wirtschaft tätigen durchgeführt wird. Er richtet daher an Vorstand und Verwaltungsrat der Reichsanwalt den Appell, durch Heranziehung wirtschaftlich geschalteter Kräfte, die nach dem Grundgedanke des Gesetzes nicht

Außerdem wurde ein Antrag des Buchdruckerverbandes Kottbus dem Bundesvorstand als Material überwiesen. Danach soll eine eingehende Prüfung des Schlichtungswesens vorgenommen werden. — Auch wird nach einem anderen Antrag gewünscht, einmal die Frage einer Ferienausgleichskasse zu erörtern. Ein Antrag des Metallarbeiterverbandes Düsseldorf über eine Bezahlung der gesetzlichen Feiertage wurde dem Bundesvorstand als Material überwiesen. Bezüglich der Vertretung vor den Arbeitsgerichten wird von Änderungen des jetzigen Zustandes vorläufig abgesehen. Wegen einer besseren Regelung in gewissen Fragen der Erwerbslosenversicherung wurde den Gewerkschaftsvertretern in der Reichsanwalt auf Vorschlag der Antragskommission aufgegeben, ihren besonderen Einfluss geltend zu machen. Angenommen wurde ein Antrag auf Streichung des Absatzes 8 § 123 der Gewerbeordnung, wonach eine kündigungslöse Entlassung erfolgen kann, wenn Gehilfen zur Fortsetzung der Arbeit unfähig oder mit einer absehenden Krankheit behaftet sind; der Bundesvorstand soll in diesem Sinne geeignete Schritte unternehmen. — Weiter wurde ein Antrag des Buchdruckerverbandes angenommen, nach dem sich der Gewerkschaftskongress mit allem Nachdruck gegen etwaige Versuche wendet, die Rechte der Zwangsorganisationen des Handwerks zu vergrößern, solange nicht die in der Reichsverfassung verbriefene Gleichberechtigung der Arbeitnehmer verwirklicht ist. Sodann wurde der Bundesvorstand beauftragt, auf eine Änderung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Berufsausbildung im Sinne einer gleichberechtigten Mitwirkung der Gewerkschaften hinzuwirken. Der Kongress erklärte sich ferner auf einen Wunsch des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten damit einverstanden, daß bei tariflichen Regelungen die Verbände sich der Interessen der Kriegsbeschädigten besonders annehmen sollen.

Vertrauensvotum für den Bundesvorstand.

Dann lag noch ein Antrag Brey (Fabrikarbeiter) vor, wonach dem Bundesvorstand und seinen Mitarbeitern Entlassung erteilt und das Vertrauen ausgesprochen wird. Brey begründet mit besonderem Nachdruck und großer Wärme diesen Antrag, der darauf mit allen gegen drei Stimmen angenommen wurde. Der Kongress quittierte diese fast einstimmige Annahme des Vertrauensantrages mit spontanen Beifallskundgebungen.

3. Verhandlungstag

In seinem Vortrage über die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie

führte Fritz Raphael (Berlin) an:

Der Begriff der Wirtschaftsdemokratie hat in Deutschland erst nach dem Kriege eine Rolle gespielt. Seitdem ist er aber auch von der Tagesordnung nicht verschwunden. Die Gewerkschaften haben den Gedankenkreis, der sich an die Wirtschaftsdemokratie knüpft, bereits auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Breslau zu klären versucht. Die dort aufgestellten programmatischen Forderungen haben eine starke Belebung des Problems in der Arbeiterklasse ausgelöst. Es zeigte sich aber, daß über ihre begriffliche Einordnung noch mancherlei Unklarheiten vorhanden sind. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat inzwischen an der Klärung der Probleme weitergearbeitet und unterbreitet dem Kongress jetzt das Ergebnis einer geistigen Gemeinschaftsarbeit.

Die politische Demokratie, so sehr ihr Wert als Mittel im Befreiungskampf der Arbeiterklasse und als Form der staatlichen Organisation zu schätzen ist, bedeutet noch nicht die Beseitigung der wirtschaftlichen Unfreiheit in der Gesellschaft. Das ist eine alte Erkenntnis. Deshalb kämpfte die Arbeiterklasse zwar stets für die Demokratie, zog aber gleichzeitig eine klare Trennungslinie zwischen der bürgerlichen Demokratie, die politische Gleichberechtigung für vereinbar hielt mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, das auf wirtschaftliche Unfreiheit der breiten Masse aufgebaut ist, und ihrem weitergehenden Ideal der sozialen Demokratie. Wirtschaftsdemokratie bedeutet keinen Erfolg für Sozialismus, sondern eine Ergänzung sozialistischer Ideen.

Es gibt keine vollendete Wirtschaftsdemokratie ohne sozialistisches System und kein Ideal des Sozialismus ohne demokratischen Aufbau der Wirtschaftsführung.

Es wäre aber auch reaktionär, wollten wir vor der Dynamik der kapitalistischen Wirklichkeit und vor den Wandlungen, die sich in der Gesellschaft unter dem Druck der wachsenden Macht der organisierten Arbeiterklasse vollziehen, die Augen verschließen. So wenig es bisher selbst auf den vorgezeichneten Positionen gelungen ist, den Druck des kapitalistischen Systems auf das Proletariat zu beseitigen, so wenig darf man verkennen, daß es den Gewerkschaften dort, wo sie eine Macht bilden, doch gelungen ist, die Tendenzen der Verelendung zu überwinden. So leben wir, wie unter dem Druck wachsender gewerkschaftlicher und politischer Macht der Arbeiterklasse

ein neues kollektives Arbeitsrecht heranzuschaffen.

Wir sehen weiter, wie die brutale Freiheit des Arbeitsmarktes durch das Wirken der Gewerkschaften und durch den Ausbau der Sozialversicherung, neuerdings insbesondere durch den Ausbau der Arbeitslosenversicherung, Beschränkungen unterworfen ist, die eine grundsätzliche Anerkennung des Rechtes auf Sicherung der Existenz jedes Menschen bedeuten. Wir sehen ferner, wie die kapitalistische Wirtschaft sich von der freien Konkurrenz zur monopolistischen Organisation entwickelt, wie sich aber die Anzeichen zu einer planmäßigen Beeinflussung der Wirtschaft durch den Staat vermehren. Wir sehen endlich die wachsende Bedeutung der öffentlichen Hand im Wirtschaftsleben, gegen die die Gegner einen verzweifelten Kampf unter der Parole „gegen die kalte Sozialisierung“ führen, und wie endlich die Arbeiterklasse selbst durch ihre Organisationen, durch Konsumgenossenschaften und Gewerkschaften schrittweise dem Kapitalismus Boden in der Gesamtwirtschaft abringt. Immer mehr ergibt sich aber auch daraus, daß der Übergang von dem Wirtschaftssystem der Gegenwart, das wir bekämpfen, zum Wirtschaftssystem der Zukunft, das wir erstreben, einen sehr viel-

Lohnarbeit und Kapital.

Alle Ökonomen, sobald sie das gegebene Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit, von Profit und Arbeitslohn besprechen und dem Arbeiter beweisen, daß er keinen Anspruch habe, an den Chancen des Gewinns teilzunehmen, ihn überhaupt über seine untergeordnete Rolle gegenüber dem Kapitalisten beruhigen wollen, heben ihn gegenüber hervor, daß er im Gegensatz zum Kapitalisten eine gewisse Größe des Einkommens, mehr oder weniger unabhängig von den großen Wagnissen des Kapitals, besitzt, ganz wie Don Quichotte den Sancho Panza tröstet, daß er zwar alle Prügel bezieht, aber auch nicht nötig hat, tapfer zu sein.

Karl Marx.

im Beamtenverhältnis, sondern im Privatienverhältnis zu beschäftigen sind, an die Lösung der Aufgabe heranzugehen.

Genau erwartet der Kongress, daß durch eine verständige und soziale Handhabung der Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung die Reichsanwalt das Schicksal der Hunderttausende erleichtert, die immer noch vergeblich der Wiedereinstellung in den Produktionsprozess harren. Der Kongress fordert die gesamte Öffentlichkeit auf, sich durch die Aufhebung von Einzelfällen des Mißbrauchs der Unterfütterung nicht täuschen zu lassen über die trostlose Lage dieser langfristigen Arbeitslosen.

Der Kongress stellt aber auch die Verpflichtung der Gesamtheit fest, ihre Hilfe ergänzend dort einzusetzen, wo die Leistungspflicht und Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenversicherung versagen. Er erhebt daher die Forderung, daß die Krisenfürsorge auf alle Berufsgruppen ausgedehnt und allen Arbeitslosen, die trotz Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit einen Anspruch auf die Versicherungsleistung noch nicht besitzen oder diesen Anspruch erschöpft haben, ohne Ausnahme und ohne zeitliche Begrenzung gewährt wird.

Der Kongress erklärt sich ferner einmütig für folgende Entschließung des Bundesvorstandes und Ausschusses zur

Freizeit der Jugend:

Die von den Gewerkschaften seit langem erhobenen Forderungen nach besonderen sozialpolitischen Schutzbestimmungen für die erwerbstätige Jugend sind von der Gesetzgebung bisher nicht erfüllt worden. Der vorliegende Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes enthält wohl die geforderte Erhöhung des Kinder- und Jugendschutzes und auch eine weitere Einschränkung der Nacharbeit Jugendlicher; er bringt aber eine nur unzulängliche Regelung der täglichen Arbeitszeit und geht auf die Freizeitforderungen für die Jugendlichen (Frühschluss vor Sonn- und Feiertagen und jährlicher Urlaub) gar nicht ein. Die große Zahl derjenigen Jugendlichen, die nicht in den Genuß der bisher allein durch Tarifverträge geschaffenen Urlaubsansprüche kommen, macht jedoch eine sofortige gesetzliche Regelung des Urlaubs für Jugendliche zur Notwendigkeit.

Der Gewerkschaftskongress richtet deshalb an die Reichsregierung und an den Reichstag das dringende Ersuchen, die von weiten Kreisen des deutschen Volkes vertretenen Freizeitforderungen für die erwerbstätige Jugend sobald wie möglich zu verwirklichen und zu diesem Zweck das Arbeitsschutzgesetz entsprechend auszugestalten.

Weiter ersucht der Gewerkschaftskongress die Reichsregierung, Beginn und Beendigung der allgemeinen Schulpflicht im ganzen Reich einheitlich zu regeln, um den Schwierigkeiten vorzubeugen, die sich sonst aus den erweiterten Kinder- und Jugendschutzbestimmungen ergeben könnten.

Wichtigen Wachstumsprozess darstellt. Dieser Weg, der Stufe um Stufe in der Wirtschaft der kapitalistischen Unternehmerrautokratie die Demokratie des arbeitenden Menschen

gegenüberstellt, der dauernd das Interesse der Gesamtheit gegenüber den Sonderinteressen einer herrschenden Klasse durchkämpft. Dieser Weg ist der Weg der Demokratisierung der Wirtschaft. Die Durchorganisierung des Kapitalismus hat natürlich nichts mit einer Demokratisierung der Wirtschaft zu tun; ihr Zweck ist die autokratische Stellung des Unternehmers noch stärker zu betonen.

Neben der Staatskontrolle muß aber auch der Kampf um die Teilnahme der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter an der Führung der großen Monoporganisations weisergeföhren werden. Wir haben bereits in der deutschen Wirtschaft einige Selbstverwaltungskörper, so im Kohlen- und Kali-Bergbau.

Die Tendenz zur Ausdehnung der öffentlichen Betriebe

hat besondere Bedeutung angenommen. Diese Entwicklung steht gleichfalls im Zeichen der Demokratisierung der Wirtschaft. Der leidenschaftliche Kampf, der von den Unternehmern dagegen geführt wird, deutet das schon an. Welche verwaltungstechnischen Formen diese Betriebe auch annehmen, immer muß die Forderung erhoben werden, daß dadurch nicht der entscheidende Einfluß der öffentlichen Körperschaften an der Wirtschaftsführung eingeschränkt wird.

Wachsende Bedeutung gewinnt das Gebiet des Wirtschaftslebens, auf dem die Arbeiterschaft durch eigene Organisationen und durch Selbsthilfe vordringt.

Das sind in erster Linie die Konsumgenossenschaften. Wir zählen in den Konsumvereinen bereits rund 3 Millionen Mitglieder und mit den Familienangehörigen rund 12 Millionen Menschen, also fast ein Fünftel der deutschen Bevölkerung.

Nach einige Bemerkungen zur Rationalisierung, die notwendigerweise in der kapitalistischen Wirtschaft für die Arbeiterschaft ein doppelteltes Gesicht haben mußte.

Es gilt also, sich gegen die Methoden einer Pseudorationalisierung zu wehren. Gerade aus diesem Grunde ist die Forderung nach Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben und der Gewerkschaften überbetrieblieh immer mehr zu verfahren.

Der Arbeiter in den Betrieben und der Gewerkschaften überbetrieblieh immer mehr zu verfahren. Dieser Überblick zeigt schon, daß der Prozess der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems sich praktisch in unendlich vielen Formen abspielen muß.

Der „draufzählende“ Unternehmer.

Als Wasserpfiff pffit er in seinen jungen Jahren in aller Himmelsfröhe die Stadtfabrikanten aus dem Welt. Sommer und Winter, Frische Backwaren! Das kündigt sich immer wieder durch die Fabriksstraßen gepflasterter Gassenhaare an.

Jasammenfassend kann also von der Demokratisierung der Wirtschaft gesagt werden, daß sie nicht anderes bedeutet, als den Weg, der uns von der dunkelsten Gegenwart in die hellste Zukunft des Sozialismus führen soll.

Die Demokratie des arbeitenden Menschen. Es muß anerkannt werden, daß wir seit dem Breslauer Kongress schon ein gutes Stück in der Frage der Wirtschaftsdemokratie vorwärtsgekommen sind.

Die Demokratie des arbeitenden Menschen. Es muß anerkannt werden, daß wir seit dem Breslauer Kongress schon ein gutes Stück in der Frage der Wirtschaftsdemokratie vorwärtsgekommen sind.

Die Triebkraft „Gewinnstreben“. Daß Geschäfte gemacht werden, um Geld zu verdienen, scheint vielen ein so selbstverständlicher Satz, daß er nicht erst ausgesprochen zu werden braucht.

Zimmer (Bochum): Die uns vorliegende Entschlebung stellt mit erfreulicher Deutlichkeit auch unsere großen Forderungen und Ziele heraus.

Ziska (Berlin): Nachdem wir den Vortrag gehört haben, können wir uns eine Vorstellung davon machen, welche Schwierigkeiten dem Problem der Lösung der Wirtschaftsdemokratie noch entgegenstehen.

Bäckerlein (Hamburg), vom Zentralverband deutscher Konsumvereine, sprach dann über die Bedeutung der Konsumgenossenschaften und ihre Aufgaben zur Wirtschaftsdemokratie.

Eggert (Berlin) vom Bundesvorstand: Die Klärung, die der Vortrag gebracht hat, erkennen wohl alle Zuhörer an.

Riedel (Berlin): Nach dem Vortrag ist sicher allen Gewerkschaften klar geworden, daß wir das große Ziel der Wirtschaftsdemokratie nicht allein erreichen können.

Larow (Berlin): Es ist eine merkwürdige Sorte von Marxisten, die glauben, daß das Finden neuer ökonomischer marxistischer Erkenntnisse mit dem Ableben von Karl Marx aufgehört.

Fein... zersch die Knochen opfern, wie ein Grenadier vom Alten Fritz, und dann... rausfliegen... fein, gab der Abgeschobene seinen Jura kant und, so daß du der Chef den Trost gab.

Der Maschinenarbeiter schob ins Verbandsbureau. Die Kollegen empfanden den Pagen an eine Leistenfabrik. Auch Kisten und Kästen werden fertiggestellt.

Ja, ich bin schon achtundvierzig, gab der Arbeiter zu. Da schob der Mann den Rasenmesser höher und tat die geistreiche Rede.

Wieder gingen Jahre hin. Da pfeifferte dem Hausknecht was Arameses. Mühen unter dem heißen Holzgebälge tat der Mann eines Kaisers.

Die Maschine kann ich Sie immer hinstellen... müffens halt so was wie an Hausknecht machen... kachte gutmütig der Meister.

Wieder gingen Jahre hin. Da pfeifferte dem Hausknecht was Arameses. Mühen unter dem heißen Holzgebälge tat der Mann eines Kaisers.

Die Maschine kann ich Sie immer hinstellen... müffens halt so was wie an Hausknecht machen... kachte gutmütig der Meister.

nissen geboren werden. Wenn Karl Marx heute noch lebte, dann hätte er wahrscheinlich das Referat von Naphthalis gehalten und jedenfalls auch nichts anderes sagen können als dieser.

Ja, h (Berlin): Das Referat Naphthalis war eine Wegbestimmung, die uns die Möglichkeit der Durchsetzung des Erreichbaren weist.

Bachem (Berlin), Direktor der Arbeiterbank: Die Eigenbetriebe der Arbeiterschaft sind zwar nur kleine, aber doch wichtige Aufsteine im Ringen der Arbeiterbewegung.

Seibe (München): Wir haben bereits starke Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie, zu der die Arbeiterschaft auch herangereift ist.

Die Frage der Rolle der Betriebsräte in der Demokratisierung der Wirtschaft bedarf noch der Klärung. Daß wir in der Wirtschaftsdemokratie stehen, ist eine gelindete Übertreibung.

Wenn ich von der Demokratisierung der Wirtschaft spreche, neige ich wenig dazu, einen Paragraphen der Verfassung heranzuziehen.

Es wird eine Entschlebung angenommen, die die günstige Entwicklung der Eigenbetriebe anerkennt und die Notwendigkeit ihres Ausbaues betont.

Die Gewerkschaften erblicken, wie es der Münchberger Kongress im Jahre 1919 schon erklärt hat, im Sozialismus gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet die schrittweise Beseitigung der Herrschaft, die sich auf dem Kapitalbesitz aufbaut, und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit.

einem geringen Teil der Belegschaft eine Zulage von 5 Schweizer Cent zu geben und lehnt jede weitere Konzession ab.

Einigungsbestrebungen in der deutschen Seifenindustrie.

In der letzten Zeit haben sich innerhalb der deutschen Seifenindustrie Bestrebungen nach fruchtbarer Zusammenfassung geltend gemacht.

In einzelnen Landesteilen Deutschlands sind Bestrebungen im Gange, lokale Zusammenschlüsse herbeizuführen.

Von besonderer Wichtigkeit für die Arbeiterschaft ist, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen vor den Agitationskämpfen gesichert werden.

Papier-Industrie

Die Papiermacher-Berufsgenossenschaft 1927.

Dem kürzlich erschienenen Geschäftsbericht der erwähnten Berufsgenossenschaft für das Jahre 1927 seien folgende Zahlen und Angaben entnommen:

Der Versicherungsträger, der sich über das ganze Reichsgebiet erstreckt, zerfällt in 11 Sektionen. In ihm sind hauptsächlich Holz- und Strohzeilstoff-Fabriken, Papier- und Pappen-Fabriken und Holzschleifereien versichert.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes Krankheitsbehandlung (155 479,22 Mk.), Heilanstaltspflege (158 389,22 Mk.), Gewährung der Pflege (3 773,73 Mk.), etc.

Die Verteilung dieser Ausgabenposten und ihr Verhältnis zueinander ist in mancherlei Beziehung interessant. Vor allen Dingen muß die Höhe der Verwaltungskosten ins Auge fallen.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes gemeindefreie Unfälle (105,19), entschädigte Unfälle (8,28), wöchentliche Unfälle (0,60).

Es ist hier also die Tatsache zu verzeichnen, daß die Zahl der überhaupt gemeldeten Unfälle erheblich zugenommen hat.

Die Zahl der erstmalig entschädigten Unfälle ist im Gegenpaß hierzu zurückgegangen. Auf jugendliche Personen unter 18 Jahren entfallen 15 erstmalig entschädigte Unfälle (12 männliche und 3 weibliche).

Schnelllaufende Papiermaschine.

Die schwedische Maschinenfabrik A. B. Karllunds Mek. Verksked in Karlskrona hat von der belgischen Papierfabrik Papeteries Anvers in Antwerpen eine Zeitungsdruckpapiermaschine in Auftrag erhalten.

Herstellungskosten einer Papierfabrik.

Nach Unternehmerangaben kostete eine Fabrikanlage mit einer Druckpapiermaschine vor dem Kriege rund 1 500 000 Mk., wovon auf die Papiermaschine circa 1 000 000 Mk. entfiel.

Waherungsmaßstab-Industrie

Die Weltzuckererzeugung in den letzten 25 Jahren.

Die Deutsche Zuckerindustrie brachte in ihrer Ausgabe zur Zuckererzeugung in Hamburg eine Zusammenstellung von Herrn Dr. Warten über die Weltzuckererzeugung.

getrennt nach Rübenzucker und Rohrzucker aufgeführt. Anschließend bringen wir zunächst eine Übersicht über die Entwicklung der Rübenzuckerindustrie.

Rübenzuckererzeugung in Tonnen und Rohrzuckerwert.

Table showing sugar production in tons and value for various countries from 1903-04 to 1927-28. Includes Germany, Poland, France, etc.

Obenstehende Übersicht zeigt uns, daß die Rübenzuckerindustrie vom Jahre 1903 bis zum Jahre 1913 einen starken Aufschwung zu verzeichnen hatte.

Anders als die Rübenzuckererzeugung ging die Rohrzuckererzeugung ihren Weg. Wir bringen nachstehend auch hier die Ziffern einiger Jahre.

Rohrzucker in Tonnen und Rohrzuckerwert.

Table showing cane sugar production in tons and value for various countries from 1903-04 to 1927-28. Includes Louisiana, Java, etc.

Diese Aufstellung zeigt uns, daß die gesamte Rohrzuckererzeugung 1903 rund 6,25 Millionen Tonnen betrug, sie betrug 1913 = 9 987 200 Tonnen.

Weltzuckererzeugung an Rüben- und Rohrzucker von 1903/04-1927/28 in Tonnen und Rohrzuckerwert.

Summary table of world sugar production in tons and value for 1903-04, 1913-14, 1919-20, and 1927-28.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß 1903 die Rübenzuckerindustrie 49,1 Prozent und die Rohrzuckerindustrie 50,9 Prozent der Weltzuckerproduktion erzeugten.

Wie hat sich nun der Verbrauch in diesen Jahren entwickelt? Wir verfügen z. B. Ende 1924 über einen Bestand von 3 148 500 Tonnen. Ende 1925 betrug dieser Bestand 3 601 000 Tonnen.

behauptet, der Staatsräson' Achtung verschaffen zu müssen und hat ein Ultimatum gestellt...

Was den Streikfall verschlimmert, ist die Indes, erkennen den Staat' der fremden Eroberer nicht an...

Es wird vielfach behauptet, die unbeschreibliche Armut der Indes werde durch religiösen Glauben...

Die moderne Arbeiterbewegung, die frühzeitig den Ruf nach Aufklärung und Bildung erhob...

Das indische Proletariat bedarf der Hilfe der europäischen Arbeiterbewegung, und der I.W.B. muß alles aufbieten...

Nach den neuesten Nachrichten haben sich die Führer der No-Laz-Bewegung (Steuerverweigerung) dem Willen der Regierung angeschlossen...

Berichte aus den Zahlstellen.

Lägerdorf, Kommunistiche Erfolge. Aus der Zahlstelle Lägerdorf ging der Redaktion des 'Proletariers' folgendes Schreiben zu:

Entschliebung.

Die Mitglieder des F.V. Lägerdorf sind nach Kenntnisnahme des Berichts vom Verbandstago durch den Kollegen Schweißer folgender Auffassung:

Der Verbandstago hat für die Kollegenschaft des F.V. keine wünschenswerten und praktischen Richtlinien und Ziele festgelegt...

Auch auf dem Gebiete der Lohn- und Tarifpolitik, wo doch angeht die überhandnehmende Rationalisierung die Herabsetzung der Arbeitszeit...

Die Mitglieder Lägerdorfs lehnen die Wirtschaftsdemokratie ab und sind der Meinung, daß ihre Interessen nur wahrgenommen werden können...

Deshalb lehnen die Lägerdorfer Mitglieder die Reineinführung von Unterstellungen ab und fordern nach wie vor den Ausbau der Organisation.

Aus dieser Entschliebung spricht leider nicht die Urteilsfähigkeit, die man jedem gemeinschaftlich Organisierten münshch. Was soll man dazu sagen, wenn erklärt wird...

Wir wissen, wie solche Entschliebung zustande kommen. Sie sind ein Produkt der K.P.D. Schweitzer hat in Lägerdorf die Aufgabe die Mitgliedschaft gegen ihre eigene Organisation zu heben...

Randschau.

'Klassenkämpfer' mit Messer und Schlagring.

Unter Führung der K.P.D. hat das mit der K.P.D. sympathisierende Hamburger Kampffrotariat, das aus den Schlappwinkeln hervorgeholte Verbrechergesindel, Klassenkampf propagiert...

Als auf dem Gewerkschaftskongreß gegen die Verbrechen der K.P.D. der Ausschuß 'Verbrechergesindel' fiel, da erklärte der Delegierte...

100 Kommunisten gewesen, dann hätte möglicherweise der geistige Kampf mit Messer und Schlagring draußen in den Straßen seine strategische Ergänzung im Kongreßsaal erfahren...

Händewaschen.

Von Dr. med. Charlotte J. J. a. e. (Berlin).

Nicht einträglich genug kann man immer und immer wieder zum Händewaschen auffordern. Gewiß, es gibt eine große Anzahl Menschen denen es selbstverständlich ist...

Zur gründlichen Reinigung der Hände benötigt man warmen Wassers, Seife, Nagelbürste, Nagelzeile, Handtuch. Es versteht sich von selbst, daß es von der Beschäftigungsart abhängt...

Wirklich gesäubert aber können die Hände nur werden, wenn man die oben genannten Hilfsmittel benutzt. Anhaftende Schmutzteilchen, Bakterien, Keimstoffe können nur mit Seife entfernt werden...

Die Sitte, mit irgendwelchen Instrumenten das Essen zum Munde zu führen (Gabel oder Löffel bei den meisten Kulturvölkern, Stäbchen bei den Chinesen) ist nicht aus ästhetischen, sondern aus hygienischen Gesichtspunkten heraus entstanden...

Zum Schluß noch ein Wort: Verlassen Sie nie eine Toilette, ohne sich die Hände gewaschen zu haben! Geben Sie in Ihrem Hause jedem, auch dem Gast, Gelegenheit, diese selbstverständliche Handlung vornehmen zu können...

In Lokalen verlangen Sie Waschanlagen, wo keine sind! Gibt es welche, so sollte man es grundsätzlich ablehnen, ihren Benutzung extra zu bezahlen. Händewaschen gehört unlösbar zur Benutzung der Toilette...

Die Kinderarbeit in China.

In der amerikanischen Zeitschrift 'The World To-Morrow' (Die Welt von Morgen) schildert ein Mitarbeiter seine Eindrücke aus einer chinesischen Baumwollfabrik in Wuhang im Yangtseetal...

Was der Rad-Weltmeister um den Siegespreis gebracht hat.

Darüber sagte 'Diogenes' in der 'Sportlichen Wochenzeitung' des Magdeburger Generalanzeigers: unläugbar das folgende zu betonen: Als der Radweltmeister Winda, der die Fahrt 'Rund um Köln' gewann, in der klassischen Fernfahrt seiner italienischen Heimat Mailand - San Remo wieder zur Zweiter werden konnte...

lechten Verpflegungsbepfe habe er sich die Flasche mit Weiswein gefüllt und nach der Steigung von Capo Berta, wo er sämtliche Gegner abhängte, einige Schlucke davon getrunken...

Alkohol- und Nährwertgehalt des Bieres.

Es gibt immer noch genug Menschen, die nur Wein und Schnaps zu den alkoholischen Getränken rechnen. Vom Bier glaubt man vielfach, daß es nur eine Spur Alkohol enthalte...

Die Deutsche Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus hat kürzlich mehrere Bierorten chemisch unterfuchen lassen. Dabei fand sich folgender Alkoholgehalt: Orterjan, Doppelbier 1,4 Prozent, Engelhardt Caramel-Malz'ier 1,7 Prozent...

Jene Untersuchungen erstreckten sich auch auf den Nährwert des Bieres. Wie vorauszu sehen war, hatten die alkoholischwachen, künstlich mit Zucker verlegten Malzbiere mehr Nährstoffe als die gewöhnlichen Bierorten...

Literarisches.

'Die Gemeinde', Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag J. H. W. Dieß Nachf., G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Bezugspreis monatlich 1 RM. Das Septemberheft enthält Aufsätze von M. Seydemann, Bürgermeister Strobel, Viktor Benesch, Georg Landgraf und Gebauer (Danzig)...

'Die Gesellschaft', internationale Revue für Sozialismus und Politik, herausgegeben von Dr. Rud. Hilferding. Das Septemberheft ist soeben erschienen. Es enthält viele interessante Aufsätze: Krieg, Friede und Kapitalismus von Wolfgang Schwarz; Soziale und finanzielle Grundlagen der Turpischen Flottenpropaganda von Dr. Eckert; Recht: Kartellrecht und Juristenaug von Fritz Nappthal; Der industrielle Vormarsch der Vereinigten Staaten von Wladimir Woytinsky; Deutschland und Osteuropa von Dr. G. Wientock. Die Gesellschaft' erscheint monatlich im Verlage J. H. W. Dieß, Berlin SW. 68, Lindenstr. 68. Bezugspreis vierteljährlich 4,50 RM.

'Die öffentliche Verwaltung' wird als Krisenproblem gründlich in Nr. 8 der 'Gemeinwirtschaft' behandelt. Außerdem bringt dieses Heft neben einem Nachruf für Heinrich Kaufmann noch selbständige Arbeiten über 'Weißer oder roter Sozialismus' und 'Gesellschaftsorganisatorische Wandlungen in der Konsumgenossenschaftsbewegung'. Daneben enthält diese Nummer unter den Überschriften Genossenschaftsbewegung, Gemeinde- und Staatswirtschaft, Geldwirtschaft, Sozialwirtschaft, Aus Parlament und Presse, von Tagungen, Notizen und Besprechungen eine umfassende und gründliche Umschau vom gemeinwirtschaftlichen Gebiet. Für jeden an der gemeinwirtschaftlichen Bewegung Interessierten ist diese Zeitschrift außerordentlich wertvoll. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,40 Mk. Die Bestellung kann erfolgen bei jeder Buchhandlung, jeder Post und direkt beim Verlag: Die Gemeinwirtschaft, Hermsdorf (Thür.). Probenummern umsonst vom Verlag.

Henny Schabnacker: Aus dem Leben eines Arbeiterkinderes. Band 9 der Jugendbücher der Neuen Gesellschaft. 112 S. auf halbleinem Papier. Carr. 0,70 Mk., Ganzleinenband 1,75 Mk. Dieses Buch ist ein Bekenntnis von der Art proletarischen Lebens und von den Leiden proletarischer Kindheit. Selbsterlebtes und dichterisch Erfautes vereinen sich hier zu einer erschütternden Darstellung, die als Inklare wirkt.

Worbes dauernde Gesellschafter, Band Arbeitsrecht von Dr. Franz Goertig. 978 Seiten Din A 5 (Loseblattbuch). Preis in Leinwand 12,50 Mk., Verlag Friedrich A. Wobels in Leipzig C 1, Blumengasse 18. Schon seit vielen Jahren hat sich das Bedürfnis gezeigt, die gültigen arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen in einer besonderen Sammlung zusammenzufassen, aber vielfach waren schon bei Erscheinung Nachträge und Berichtigungen erforderlich. Es ist deshalb ein Fortschritt, daß der Verlag Wobels die vorliegende Sammlung als technisch wohlgeordnetes Loseblattbuch herausgibt und die pünktliche Lieferung von Ersatzblättern bei eintretenden Änderungen verspricht. In elf Sachkapiteln ist das Material übersichtlich gegliedert. Drei sehr ausführliche Register (nach der Zeitfolge, nach Sachgruppen und nach dem Alphabet) erleichtern die Benutzung.

Joseph Weißbart: Die Geschichte einer 'Erziehung'. Mit Zeichnungen von Max Graeser. 114 S., 1,40 Mk., Ganzleinenband 2,40 Mk., Im Verlag der Neuen Gesellschaft (Berlin-Hessewinkel). Der Verfasser schildert das Ringen des Kindes und heranwachsenden Knaben mit der Lebensführung, der Religion; die Freundschaft und Feindschaft mit den Eltern, Lehrern, Kameraden, mit Tieren. Er nimmt aus den eigenen Erfahrungen heraus Stellung zur Prügelstrafe, zur geschlechtlichen Aufklärung und vielen anderen Dingen. Er zeigt, wie fruchtbar auch schon mangelhafte, aber doch von gutem Willen besetzte Erziehung wirken kann, so daß schließlich der Erzogene, ohne es zu wissen, anfängt, seine Erziehung zu erziehen.

Von der bekannten Sammlung 'Wie bane ich mir selbst?' liegt der Doppelband 227/28 'Kleinanfomabil (Cyclacar)' mit zahlreichen Abbildungen und Plänen von Ing. Rich. Hofmann vor. Der Preis beträgt für jedes Heft der Sammlung 0,80 Mk. Ausführliche Illustr. Verzeichnisse verändert der Verlag von Hermann Beyer, Leipzig C I, umsonst.

'Gesundheit', Zeitschrift für gesunde Lebensführung des berufstätigen Volkes. Herausgeber: Hauptverband deutscher Krankenkassen, e. V., Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 137. Die September-Nummer bringt wiederum einige interessante Artikel, und zwar: Dr. med. Neubauer (Hamburg), 'Der Wert der Gymnastik für die Frauen'; Dr. Leo Blumenthal (Berlin-Charlottenburg) 'Die Krankheiten des Kindes'; P. Hohe (Berlin-Lichtenberg) 'Der Arger im Alltag'. Die Zeitschrift wird an den Schaltern der Krankenkassen den Veräußerern unentgeltlich ausgehändigt.